



Konsultationsverfahren; Auswertung der Rückmeldungen aus dem Kanton Aargau

29. Oktober 2007

Frage 1

1. Teilen Sie die Einschätzung der vier Regierungen, dass die sich bietende Chance einer gemeinsamen und eng koordinierten Umsetzung der nationalen Harmonisierungsvorgaben genutzt werden sollte?			--	-	+	++	Keine Stellungnahme
Nr.							
1	Parlament, Kommission Bildung, Kultur und Sport					X	
11	Parteien	CVP				X	
12		EVP				X	
13		FDP				X	
14		Grüne				X	
15		SP				X	
16		SVP	X				
20	Erziehungsrat					X	
30	Vertretung der Gemeinden						
31	Vertretung der Schulpflegen	Vereinigung aarg. Schulpflegepräsidentinnen und -präsidenten				X	
40	Wirtschaftsverbände	Aarg. Industrie- und Handelskammer				X	
41		Aarg. Gewerbeverband				X	
42		Schweiz. Verband des Personals öffentlicher Dienste				X	
50	Lehrerverbände	Aarg. Lehrerinnen- und Lehrerverband				X	
51		Aarg. Mittelschullehrer/-innenverein				X	
60	Rektorenkonferenzen	Rektorenkonferenz der Aarg. Kantonsschulen				X	
61		Berufsfachschulen, KV					
62		Berufsfachschulen, gewerbl.-industrielle					
63		Berufsfachschulen Gesundheitsbereich					
	Total eingegangene Antworten: 15						
	Total		1			14	

Qualitative Auswertung

Die Konsultationspartner sind fast einhellig der Auffassung, dass die gegenwärtigen Entwicklungen als Chance für ein koordiniertes Vorgehen in der Nordwestschweiz genutzt werden sollten. Eine solche Kooperation wurde verschiedentlich bereits im Rahmen der Vernehmlassung zum Planungsbericht Bildungskleeblatt gefordert. Als Argument werden der gemeinsame Handlungsbedarf angesichts der nationalen Vorgaben, die Gewährleistung der Mobilität, das Bestehen einer gemeinsamen Fachhochschule und der Pädagogischen Hochschule, die Schaffung kritischer Grössenverhältnisse sowie die Chance einer interkantonalen Koordination der Strategien des Bildungskleeblatts genannt. Verschiedentlich wird darauf hingewiesen, dass die Koordination in der Nordwestschweiz nicht zu einer Insellösung führen dürfe, sondern hier im Gegenteil eine Schrittmacherfunktion für eine generelle Harmonisierung in der (Deutsch-)Schweiz übernehmen soll. Die SVP beantwortet die erste Frage negativ, obwohl sie die Idee grundsätzlich für begrüssenswert hält, weil sie den Zeitpunkt als falsch beurteilt und befürchtet eine negative Beeinflussung des kantonalen Entwicklungsprozesses (Bildungskleeblatt).

Frage 2

2. Sind Sie mit der Schaffung eines <i>Bildungsraums Nordwestschweiz</i> einverstanden?			--	-	+	++	Keine Stellungnahme
Nr.							
1	Parlament, Kommission Bildung, Kultur und Sport					X	
11	Parteien	CVP				X	
12		EVP				X	
13		FDP				X	
14		Grüne				X	
15		SP				X	
16		SVP	X				
20	Erziehungsrat					X	
30	Vertretung der Gemeinden						
31	Vertretung der Schulpflegen	Vereinigung aarg. Schulpflegepräsidentinnen und -präsidenten				X	
40	Wirtschaftsverbände	Aarg. Industrie- und Handelskammer				X	
41		Aarg. Gewerbeverband				X	
42		Schweiz. Verband des Personals öffentlicher Dienste				X	
50	Lehrerverbände	Aarg. Lehrerinnen- und Lehrerverband				X	
51		Aarg. Mittelschullehrer/-innenverein			X		
60	Rektorenkonferenzen	Rektorenkonferenz der Aarg. Kantonsschulen			X		
61		Berufsfachschulen, KV					
62		Berufsfachschulen, gewerbl.-industrielle					
63		Berufsfachschulen Gesundheitsbereich					
	Total eingegangene Antworten: 15						
	Total		1		2	12	

Qualitative Auswertung

Entsprechend der Stellungnahmen zu Frage 1 wird die Schaffung eines Bildungsraums Nordwestschweiz weitestgehend begrüsst. Teilweise wird die Abkehr von einer rein auf Strukturfragen fixierten Sichtweise ausdrücklich gelobt (SP). Allerdings wird mehrfach kritisch festgestellt, dass die vorgeschlagene Lösung noch ungenügend sei, weil eine Harmonisierung in wesentlichen Punkten (Fremdsprachenlösung, Sekundarstufe I) noch nicht gelungen sei. Die SVP hält den Zeitpunkt angesichts der laufenden innerkantonalen bildungspolitischen Diskussionen für falsch gewählt. Der Aarg. Mittelschullehrer/-innenverein hält fest, dass ein vierkantonaies Vorgehen nicht zu einer Beeinträchtigung der Mitwirkungsmöglichkeiten führen dürfte; das vorgesehene vierkantonale Mitwirkungsverfahren sei hier ein Schritt in die richtige Richtung.

Frage 3

3. Sind Sie mit der pädagogischen Strategie und namentlich einem Begabungsförderungsprogramm „Bereichern und Beschleunigen“ einverstanden?		--	-	+	++	Keine Stellungnahme
Nr.						
1	Parlament, Kommission Bildung, Kultur und Sport				X	
11	Parteien		CVP		X	
12			EVP		X	
13			FDP		X	
14			Grüne	X		
15			SP		X	
16		X	SVP			
20	Erziehungsrat			X		
30	Vertretung der Gemeinden					
31	Vertretung der Schulpflegen		Vereinigung aarg. Schulpflegepräsidentinnen und -präsidenten		X	
40	Wirtschaftsverbände		Aarg. Industrie- und Handelskammer	X		
41			Aarg. Gewerbeverband		X	
42			Schweiz. Verband des Personals öffentlicher Dienst		X	
50	Lehrerverbände		Aarg. Lehrerinnen- und Lehrerverband	X		
51			Aarg. Mittelschullehrer/-innenverein	X		
60	Rektorenkonferenzen		Rektorenkonferenz der Aarg. Kantonsschulen		X	
61			Berufsfachschulen, KV			
62			Berufsfachschulen, gewerbl.-industrielle			
63			Berufsfachschulen Gesundheitsbereich			
	Total eingegangene Antworten: 15					
	Total	1		5	9	

Qualitative Auswertung

Das Pädagogische Programm erfährt im Grundsatz weitgehende Zustimmung. Begrüsst werden namentlich eine Übereinstimmung mit dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ sowie die vorgesehenen gemeinsamen Standards und Abschlussniveaus (FDP, Aarg. Gewerbeverband), die Zielrichtung einer integrativen Volksschule (SP), die Schwerpunktsetzungen im Bereich Naturwissenschaften, Sport und Musik sowie selbstgesteuertes Lernen (SP, Schweiz. Verband des Personals öffentlicher Dienste), generell der Ansatz bei der Begabungsförderung (FDP, Aarg. Industrie- und Handelskammer, Aarg. Gewerbeverband, Aarg. Mittelschullehrer/-innenverein). Die SVP weist darauf hin, dass sich (zu) viele Entscheidungsebenen mit Bildungsfragen beschäftigen, was zu Schwerfälligkeiten und Doppelspurigkeiten führe. Vom Programm Lernen 21+ wird erwartet, dass es die praktische Umsetzung der angestrebten Strategie erleichtert (SP).

In einzelnen Punkten werden Qualifikationen angebracht: Der Grundsatz der integrativen Schulung sollte generell im Bildungsraum gelten (CVP). Das Problem der Heterogenität ist explizit anzugehen (EVP). Ein ebenso grosses Gewicht wie das Beschleunigen soll dem Bereichern zu kommen (Aarg. Mittelschullehrer/-innenverein), Bereichern muss eine Selbstverständlichkeit sein (Erziehungsrat). Das Wort „Beschleunigen“ löst Unbehagen aus; es soll si-

cher gestellt werden, dass damit in allen vier Kantonen das Ziel gemeint ist, innert 12 Jahren die Maturität zu erreichen, und nicht eine Schnellzugsausbildung (Grüne), Beschleunigen soll auf allen Stufen möglich sein (SP) und auch in der Berufsbildung (Aarg. Industrie- und Handelskammer, Aarg. Gewerbeverband) sowie im Gymnasium (Aarg. Mittelschullehrer/-innenverein), wobei hier jeweils auf die sehr unterschiedlichen Gegebenheiten Rücksicht zu nehmen ist (ist der Beginn einer Lehre mit 15 oder gar 14 Jahren sinnvoll resp. möglich? (EVP, Grüne)), strukturell ist eine Beschleunigung am besten in der Eingangsstufe und Primarstufe möglich, weniger in den stärker strukturierten höheren Stufen (Aarg. Lehrerinnen- und Lehrerverband, Aarg. Mittelschullehrer/-innenverein). Die Auswirkungen auf die Lehrpersonen (Belastung, notwendig Weiterbildung) sind zu klären (SP, Aarg. Lehrerinnen- und Lehrerverband, Aarg. Mittelschullehrer/-innenverein, Erziehungsrat), für die individuelle Förderung sind Standards und individuelle Beratungen der Schülerinnen und Schüler notwendig (Aarg. Lehrerinnen- und Lehrerverband, Aarg. Mittelschullehrer/-innenverein). Die Frage, wie weit es noch Repetitionen auf gymnasialer Stufe geben soll, muss näher geklärt werden (Aarg. Mittelschullehrer/-innenverein).

Frage 4a

4.a (Für die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt): Sind Sie einverstanden, dass die Sekundarstufe I gemeinsam ausgestaltet wird und dabei der Grundsatz gilt, dass Berufsbildung und Allgemeinbildung insbesondere bezüglich Zeitpunkt des Übertritts in die Sekundarstufe II gleich behandelt werden?		--	-	+	++	Keine Stellungnahme
Nr.						
1	Parlament, Kommission Bildung, Kultur und Sport				X	
11	Parteien				X	
12					X	
13					X	
14					X	
15				X		
16		X				
20	Erziehungsrat			X		
30	Vertretung der Gemeinden					
31	Vertretung der Schulpflegen		X			
40	Wirtschaftsverbände				X	
41					X	
42					X	
50	Lehrerverbände			X		
51				X		
60	Rektorenkonferenzen		X			
61						
62						
63						
	Total eingegangene Antworten: 14					
	Total	1	2	4	7	

Qualitative Auswertung

Eine gemeinsame Ausgestaltung der Sekundarstufe I wird allgemein begrüsst. Viele Konsultationspartner fordern allerdings, dass eine gemeinsame Lösung für alle vier Kantone gefunden wird (so namentlich etwa Stellungnahme der grossrätlichen Kommission Bildung, Kultur und Sport). Die FDP weist auf die Notwendigkeit einer gemeinsamen Lösung insb. auch wegen des Fricktals hin. Teilweise erfolgt eine Ablehnung mit dem Argument, dass keine solche vierkantonale Lösung vorliegt. (SVP, Vereinigung aarg. Schulpflegepräsidentinnen und -präsidenten). Eine Gleichbehandlung von Allgemeinbildung und Berufsbildung bezüglich Übertrittszeitpunkt wird mehrheitlich begrüsst (so ausdrücklich von SP, Aarg. Gewerbeverband, Aarg. Lehrerinnen- und Lehrerverband), abgelehnt dagegen ausdrücklich von der Rektorenkonferenz der Aarg. Kantonsschulen. Wenn bereits 15-Jährige eine Lehre antreten können sollen, so muss das Berufsbildungsgesetz angepasst werden (EVP).

Die Grünen weisen auf die Notwendigkeit der Abstimmung mit der im Planungsbericht Bildungskleblatt vorgesehenen Lösung hin, der die Aargauer Position definiert. Die SP kann sich auch vorstellen, dass der Aargau auf eine andere Ausgestaltung der Sekundarstufe I mit drei Leistungszügen umstellt, sollten die beiden Basel bei diesem Modell bleiben.

Frage 4b

4. b (Für die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt): Können Sie den aus 4.a) folgenden Konsequenzen zustimmen: Modell 6/3/4 mit zwei Leistungszügen unter einem Dach und individuellen Beschleunigungsmöglichkeiten?		--	-	+	++	Keine Stellungnahme
Nr.						
1	Parlament, Kommission Bildung, Kultur und Sport				X	
11	Parteien				X	
12						X
13			X			
14				X		
15					X	
16		X				
20	Erziehungsrat			X		
30	Vertretung der Gemeinden					
31	Vertretung der Schulpflegen		X			
40	Wirtschaftsverbände		X			
41		X				
42					X	
50	Lehrerverbände			X		
51				X		
60	Rektorenkonferenzen			X		
61						
62						
63						
	Total eingegangene Antworten: 15					
	Total	2	3	5	4	1

Qualitative Auswertung

Das Meinungsbild widerspiegelt hier die Positionen gegenüber der im Bildungskleeblatt vorgesehenen Lösung. Viele Konsultationspartner verlangen, dass die Ausgestaltung der Sekundarstufe I mindestens drei oder sogar allen vier Kantonen gleich erfolgen müsse (vgl. dazu auch ähnliche Stellungnahmen bereits zu Frage 4a). Verschiedentlich wird betont, dass man zugunsten einer gemeinsamen Lösung in der Modellwahl flexibel sein solle (FDP, SVP, SP, Aarg. Industrie- und Handelskammer, Aarg. Gewerbeverband, Aarg. Lehrerinnen- und Lehrerverband). Der Aarg. Lehrerinnen- und Lehrerverband fragt, ob die Zahl von 50% bei den Maturanden, die die Schullaufbahn beschleunigen, realistisch sei, der Aarg. Mittelschullehrer/-innenverein kritisiert eine einseitige Ausrichtung auf eine Beschleunigung der Ausbildungszeiten. Er betont, dass der obere Leistungszug klar maturitätsvorbereitend ausgerichtet sein müsse (entspricht auch Forderung des Erziehungsrats) und die Schülerinnen und Schüler eine faire Chance erhalten sollen, bereits nach 2 Jahren ins Gymnasium überzutreten, und begrüsst das pragmatische Vorgehen beim gemeinsamen Volksschulabschluss, Übertrittsverfahren und Leistungstests. Verschiedentlich wird die Notwendigkeit guter Rahmenbedingungen (Klassengrösse, spezielle Unterstützungsangebote etc.) zur Bewältigung der Heterogenität angemeldet (EVP, SP, Aarg. Lehrerinnen- und Lehrerverband).

Frage 5

5. Sind Sie mit dem Konvergenzprinzip (schrittweise Annäherung und gemeinsame Weiterentwicklung) und der dazu staatsvertraglich zu regelnden Zusammenarbeit einverstanden?		--	-	+	++	Keine Stellungnahme
Nr.						
1	Parlament, Kommission Bildung, Kultur und Sport				X	
11	Parteien				X	
12					X	
13					X	
14					X	
15					X	
16				X		
20	Erziehungsrat			X		
30	Vertretung der Gemeinden					
31	Vertretung der Schulpflegen		X			
40	Wirtschaftsverbände			X		
41					X	
42					X	
50	Lehrerverbände				X	
51					X	
60	Rektorenkonferenzen				X	
61						
62						
63						
	Total eingegangene Antworten: 15					
	Total		1	3	11	

Qualitative Auswertung

Dem Konvergenzprinzip und einer darauf basierenden staatsvertraglichen Lösung wird weitgehend zugestimmt, namentlich auch, weil damit die frühzeitige Einbindung und die Selbstbestimmung der kantonalen Parlamente gewährleistet wird (CVP, FDP, SP, Aarg. Industrie- und Handelskammer). Wenn überhaupt, dann kann sich die SVP den Bildungsraum nur so vorstellen. Der Schweiz. Verband des Personals öffentlicher Dienste stellt fest, dass das Konvergenzprinzip der Logik des Vorhabens und der Realität in der Schule entspricht. Die Vereinigung aarg. Schulpflegepräsidentinnen und -präsidenten kann nur zustimmen, wenn alle vier Kantone mitmachen, verbindliche inhaltliche Ziele gesetzt und ein weiter Zeithorizont gesetzt werden. Der Aarg. Mittelschullehrer/-innenverein, die SP und der Aarg. Lehrerinnen- und Lehrerverband verlangen, dass das Konvergenzprinzip mit inhaltlichen und zeitlichen Verpflichtungen versehen wird, da es sonst zu einem Alibi verkomme. Der Erziehungsrat weist darauf hin, dass der Bildungsraum die Entwicklung im Aargau nicht bremsen darf. Aus Sicht der Lehrerverbände bedarf bei einer vierkantonalen Koordination die Gewährleistung der Mitwirkung der Betroffenen besondere Beachtung.

Weitere Hinweise

- Die Frühförderung von Kindern aus bildungsfernen Familien sollte angegangen werden (SP).
- Es besteht Handlungsbedarf bei der Frage der Fremdsprachenstaffelung (Grüne, Aarg. Gewerbeverband), das Problem ist relativ beschränkt und es sollten konkrete Lösungen zum Abbau von Mobilitätshürden gefunden werden (SP).
- Es sollte ein umfassendes Fachmaturitätsangebot im Aargau aufgebaut werden (Grüne).
- Die Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen wird nicht erwähnt (CVP), welche Strukturen sind für die Umsetzung des Konkordats Sonderpädagogik vorgesehen (Aarg. Lehrerinnen- und Lehrerverband)?
- Zu klären bleibt, ob die Primarstufe auch altersgemischt geführt werden soll. Wesentliche pädagogische Fragen sind hier noch offen. (Aarg. Lehrerinnen- und Lehrerverband).
- Die Lehrerschaft muss möglichst schnell in den Prozess einbezogen werden, um sie für das Vorhaben zu gewinnen (Aarg. Lehrerinnen- und Lehrerverband).
- Dank MAR besteht bei den Gymnasien bereits eine genügende Harmonisierung, das bisherige Modell soll keinesfalls aufgegeben werden (Rektorenkonferenz der Aarg. Kantonsschulen).